

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Um die alltäglichen Probleme bei der **Arbeit eines Pflegedienstes** geht es auf Seite 2.

"**Jeden Tag 3000 Schritte extra**" ist das Motto einer Kampagne des Bundesgesundheitsministeriums. Mehr dazu auf Seite 2. Hier macht Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auch die **Altersicherung der Abgeordneten** zum Thema.

Dass die **Wismut-Archive** eine große Bedeutung für die Region haben, wird auf Seite 3 deutlich. Vorgestellt wird hier außerdem **Sandy Bannier**, die neue Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro.

Ob ein Besuch in der **Wanderausstellung im Amtsgericht Plauen** lohnt, erfährt man auf Seite 3.

Am **Tag der offenen Tür** besuchte Rolf Schwanitz das **IWB Plauen**. Ein Bericht dazu findet sich auf Seite 4.

Auf Seite 5 gibt es einen **Gastkommentar** des Plauener Baubürgermeisters Manfred Eberwein zum **Stadtumbau Ost** und einen Artikel zur **Reaktorkatastrophe von Tschernobyl**.

Um **Rechte und Pflichten von Ärzten und Patienten** geht es auf Seite 6.

Dort sind auch die **frechen Stroche** und der Termin der nächsten **Bürgerstunde** zu finden.

Gesundheitsreform kommt

Am 3. April fand eine Klausur der SPD-Bundestagsfraktion statt. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt war zu Gast und diskutierte mit den Fraktionsmitgliedern über das Thema „Wie eine große Koalition funktionieren kann“. Auf der Fraktionsklausur wurde aber auch das weitere Arbeitsprogramm für die kommenden Monate festgelegt. Viel Arbeit liegt noch vor den Abgeordneten: Gesundheitsreform, Föderalismusreform, Elterngeld, Haushalt 2006 und 2007 und die Steueränderungen 2007 sind nur einige Stichworte.

Die Gesundheitsreform ist sicherlich eines der wichtigsten, aber auch schwierigsten Themen. Bis zur Sommerpause sollen erste Eckpunkte dazu vorliegen. Eine Arbeitsgruppe aus Parlamentariern und Vertretern der Länder bereitet diese vor. Diese Eckpunkte werden sowohl Vorschläge für Strukturveränderungen des Gesundheitssystems als auch Vorschläge für eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems beinhalten. Bei den Spitzengesprächen wurden folgende Ziele der Gesundheitsreform vereinbart:

- ◆ Versicherungsschutz und Teilhabe am medizinisch-technischen Fortschritt für alle
- ◆ Beteiligung aller nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit an einer solidarischen und bedarfsgerechten Finanzierung
- ◆ Wirtschaftlicher Umgang mit den vorhandenen Beitragsgeldern
- ◆ Hohe Qualität
- ◆ Verbreiterung der Finanzierungsbasis des Gesundheitssystems zur Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit
- ◆ Langfristige Tragfähigkeit der Finanzierung im Gesundheitswesen

Die SPD will das Gesundheitssystem auf eine sichere finanzielle Grundlage stellen und grundlegend strukturell reformieren. Die Versorgung jedes Einzelnen muss in Zukunft gesichert sein - bei gleich bleibend hoher Qualität. Für Rolf Schwanitz ist klar: "Das ist teuer. Deshalb darf Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen kein Fremdwort sein."



Einigkeit bei Ulla Schmidt und Rolf Schwanitz: Grundlegende strukturelle Reformen im Gesundheitswesen sind notwendig

Rolf Schwanitz dankt Prof. Klaufner



Am 31. März fand im Rathaus von Plauen die Verabschiedung von Prof. Dr. Klaufner statt. Viele Gäste und Studenten waren gekommen, um dem "Gründungsdirektor" der Studienakademie Plauen Referenz zu erweisen. Auch Rolf Schwanitz ergriff im Ratssaal das Wort. Er dankte Klaufner für sein großes Engagement und die Aufbauarbeit, die an der Einrichtung geleistet wurde. Ohne Prof. Klaufner wäre das Modellprojekt wohl kaum erfolgreich beendet worden. Als wichtigste Aufgabe in diesem

Jahr bezeichnete Schwanitz die Verankerung der Studienakademie Plauen im sächsischen BA-Gesetz. Nur so erhält der Standort eine dauerhafte Legitimation. Beide Koalitionsfraktionen in Dresden stehen nun in der Verantwortung, mit einer Fraktionsinitiative hierfür den Weg zu ebnen. Der große Applaus des Auditoriums ließ keinen Zweifel daran, dass die Forderung von Schwanitz breite Unterstützung findet.

Häusliche Pflege im Gespräch



Rudolf Pietsch vom Arbeitgeber- und Berufsverband Private Pflege, Christine Hirsekorn, Inhaberin des Häuslichen Krankenpflegedienstes, und Rolf Schwanitz (v.l.n.r)

Auf 12 Jahre Unternehmensgeschichte kann der Häusliche Krankenpflegedienst Christine Hirsekorn in Neumark nun schon zurückblicken. Besonders stolz ist man auf die Zertifizierung im April vergangenen Jahres. Dies erfuhr Rolf Schwanitz bei seinem Besuch am 23. März. In einer Gesprächsrunde mit der Inhaberin Christine Hirsekorn, der Verantwortlichen für

das Qualitätsmanagement, Silke Dünger, und Rudolf Pietsch vom Arbeitgeber- und Berufsverband Private Pflege ging es vor allem um die alltäglichen Probleme in der Arbeit des Pflegedienstes. Insbesondere die Auseinandersetzung mit den Kostenträgern, aber auch extrem lange Bearbeitungszeiten für Anträge, erschweren die Betreuung der Patienten. Rolf Schwa-

nitz erwies sich als aufmerksamer Zuhörer und versprach, den geschilderten Problemen nachzugehen. Ein weiteres Thema war die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung. Rolf Schwanitz informierte die Gesprächsteilnehmer, dass zunächst die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung abgeschlossen sein müsse, bevor man sich diesem Thema widmen könne. Es werde jedoch bei dem Vorrang der ambulanten Pflege vor der stationären Pflege bleiben. "Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft ist dies das einzig Vernünftige. Wir können schließlich nicht überall Pflegeheime in die Landschaft setzen", so Schwanitz. Dies deckt sich mit der Erwartungshaltung der Betroffenen. Nach einer Umfrage des Krankenpflegedienstes wollen sie lieber zu Hause gepflegt werden, als in ein Pflegeheim zu gehen.

Kurz kommentiert

Tabu Alterssicherung
Bundestagspräsident Lammert (CDU) hat jetzt seinen Vorschlag zu den Diäten der Abgeordneten vorgelegt. Das ist an sich nicht verwerflich, denn er ist dazu per Gesetz verpflichtet. Nachdem es unter Rot-Grün mehrere Jahre lang Nullrunden gegeben hat, schlägt Lammert nun eine Anhebung entsprechend der Steigerung des Brutto-Erwerbseinkommens vor. Etwas anrühlich dabei ist, dass nach Lammerts Vorschlag dieser Mechanismus gleich bis 2009 ins Gesetz geschrieben werden soll. Natürlich ist das für die Abgeordneten bequem. Sie ersparen sich so die jährliche Entscheidung über eine Anhebung unter dem kritischen Blick der Öffentlichkeit. Auch der FDP-Vorschlag, die Sache in ein Gremium beim Bundespräsidenten zu verlagern, hat nichts anderes als das Vermeiden unbequemer Debatten im Sinn. Die SPD hat gegenüber den anderen Fraktionen erklärt, dass sie eine Diätenerhöhung in jedem Fall an die Veränderung der Altersentschädigung koppeln wird. Eine solche Veränderung ist längst überfällig. Die Altersentschädigung der Abgeordneten muss angepasst werden an alle Veränderungen, denen gesetzlich Versicherte längst unterliegen. Auch eine Versicherungspflicht der Abgeordneten in der gesetzlichen Rentenversicherung gehört auf den Prüfstand. Dass nun die CDU dies ablehnt und lieber auf die Anhebung der Diäten verzichten will, ist sehr verräterisch. Hier kann man nur auf ein Umdenken hoffen. Wer die bisherige Altersentschädigung zum Tabu erklärt, wird sehr schnell seine Glaubwürdigkeit verlieren.

Rolf Schwanitz

"Jeden Tag 3000 Schritte extra"

In Deutschland verbringen Frauen im Durchschnitt 6,7 Stunden pro Tag im Sitzen, Männer sogar über 7 Stunden. Um die Bürger zu mehr Bewegung im Alltag zu motivieren, hat das Bundesgesundheitsministerium im vergangenen Jahr unter dem Motto „Jeden Tag 3.000 Schritte extra“ die Kampagne „Bewegung und Gesundheit“ ins Leben gerufen. Dazu gehören Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, so auch Ende März in der Leipziger Stadtbibliothek. Mit dabei waren diesmal Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und ihr Parlamentarischer Staatssekretär Rolf Schwanitz. „Rückenleiden sind in vielen Fällen vermeidbar.“, sagte Ulla Schmidt auf der Veranstaltung. „Gerade wer viel

Zeit im Sitzen verbringt, belastet seinen Rücken. Ausreichend Bewegung ist als Ausgleich deshalb sehr wichtig.“, fügte die Bundesgesundheitsministerin hinzu. Und Rolf Schwanitz betonte: „Schon kleine Verhaltensänderungen im Alltag haben bei regelmäßigem Einsatz eine große Wirkung auf die eigene Gesundheit.“ In der Stadtbibliothek wurden den Interessierten einige Rückenübungen für den Schreibtisch gezeigt und „Paul“, der virtuelle Trainer der Kampagne „Bewegung und Gesundheit“, vorgestellt. Als kostenloser Bildschirmschoner stellt „Paul“ ausgewählte Schreibtisch-

**DIE SCHRITZÄHLER
FÜHRE EIN BEWEGTES LEBEN.**



übungen vor, die direkt vor dem Bildschirm nachgemacht werden können. Zudem wurden während der Veranstaltung elektronische Schrittzähler verteilt. Damit können die Besucher nun im Alltag überprüfen, wie viele Schritte sie zurücklegen. Weitere Infos zu der Kampagne unter www.die-praevention.de

Wanderausstellung über Deportationen jüdischer Mitbürger im Amtsgericht Plauen

Gegen das Vergessen der historischen Wahrheit ist bis Juni 2006 im Amtsgericht Plauen in der Europaratstraße (Behördenzentrum in der ehemaligen Kaserne) eine Wanderausstellung über die Schicksale der von 1942 bis 1945 deportierten Juden des Vogtlandes zu sehen. Namenslisten der Deportierten und ihre Lebensläufe mit originalen Dokumenten erinnern an eine Zeit ohne Demokratie, an eine Diktatur, deren Ideologie jedes ihrer Verbrechen rechtfertigen sollte.

In Plauen traf es die Minderheit der 519 Juden besonders hart. Nur 19 davon überlebten das Inferno Holocaust. Diese 19 waren im letzten Transport, der zum Kriegsende Theresienstadt

nicht erreichte. Theresienstadt war das Sammellager, von welchem die Transporte in die Vernichtungslager wie Treblinka und Auschwitz abgingen.

Plauener Lehrer, die am 6. April die Eröffnung der Ausstellung im Amtsgericht besuchten, wollen in ihren Schulklassen gegen das Vergessen werben. Waltraud Schmidt hat sich um das Wissen über jüdisches Leben in Plauen und dem Vogtland sehr verdient gemacht. Von ihr stammt auch ein interessantes Buch zur Geschichte des jüdischen Friedhofes in Plauen. Sie wird Gruppen, insbesondere Schulklassen durch die Ausstellung führen. Anmeldungen sind möglich unter der Telefonnummer 03741/101531.



Neue Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro

Seit Anfang April wird das Wahlkreisbüro von Rolf Schwanitz durch eine neue Mitarbeiterin verstärkt. Sandy Bannier ist 24 Jahre alt und hat an der Technischen Universität Ilmenau Medienwirtschaft studiert. Die gebürtige Plauenerin unterstützte schon im letzten Jahr das Team von Rolf Schwanitz im Bundestagswahlkampf. Seit September 2006 ist Sandy Mitglied der SPD und wurde kürzlich als Beisitzerin in den UB-Vorstand gewählt.

Kurz gemeldet

Workshop gegen Rechtsextremismus

Der SPD-Partei Vorstand lädt zu einem Aktiv-Workshop gegen Rechtsextremismus ein. Der Workshop wird eine Plattform für den intensiven Austausch gegen Rechts sein. Dabei treffen sich die maximal 150 TeilnehmerInnen am 11. Mai im Willy-Brandt-Haus in Berlin zusammen mit Expertinnen und Experten aus lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen gegen Rechts, damit aus Wissen und Können politisches Handeln wird. Anmelden kann man sich unter der Faxnummer 030-25991-195. Folgende Daten werden für die Anmeldung benötigt: Name, Vorname, Organisation, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Hierbei gilt: Wer sich zuerst anmeldet, hat die größten Chancen, auch wirklich dabei zu sein.

Wismut-Archive haben für Region hohe Bedeutung

Am 20. März 2006 besuchte Rolf Schwanitz die Wismut GmbH, die auch im Vogtland über einige (Alt-) Standorte verfügt. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs mit Dr.-Ing. Michael Lersow, Geschäftsführer des Technischen Ressorts, und Franz Beschorner, Ge-

schäftsführer des Belegschafts- und des Kaufmännischen Ressorts der Wismut GmbH, standen die Umsetzung des Verwaltungsabkommens zur Sanierung der Sächsischen Wismut-Altstandorte und die Archivkonzeption der Wismut. Daneben kamen

aber auch aktuelle Fragen der Sozialversicherung zur Sprache. Die Wismut hinterlässt nicht nur ein wichtiges Stück Bergbaugeschichte. Sie verfügt auch über einen ein-

zigartigen Archivbestand, der für unsere Region erhalten werden muss. Deshalb zeigte sich Staatssekretär Schwanitz an der Ausgestaltung des Archivkonzeptes durch die Geschäftsführung der Wismut sehr interessiert. Er will, dass die Geschäftsführung den Archivbestand zusammenhält und der Öffentlichkeit zugänglich macht - auch für Forschungszwecke. Rolf Schwanitz unterstrich abschließend: „Das Archiv der Wismut hat für die Region eine sehr hohe Bedeutung. Deshalb gehört es hierher in die Region.“ Bei einer Befahrung im Mai 2006 wird Staatssekretär Schwanitz das Thema „Wismut-Archiv, Kunstsammlung, Lagerstättensammlung, Personalarchiv“ weiter vertiefen.

Verwaltungsreform

Ende März erläuterte Enrico Bräunig, vogtländischer SPD-Landtagsabgeordneter, auf einer Veranstaltung im "Deutschen Hof" in Plauen Grundlagen und Hintergründe der geplanten Verwaltungsreform in Sachsen. Dabei verglich er die sächsische Verwaltungsstruktur mit der anderer Bundesländer. Bräunig informierte auch über den aktuellen Stand. Bis 31. März sollte die "Aufgabenkritik" in den Ministerien abgeschlossen sein und ein Anreizsystem für freiwillige Gebietszusammenführungen vorliegen. Jedoch wollten die Ministerien bisher lediglich ca. 100 Stellen verlagern. Das ist für Bräunig "lachhaft". Auch das Anreizsystem liege bis heute nicht vor. Die in den Medien herumgeisternden 10 Mio. Euro sind für ihn "reine Spekulation".



Meinungsaustausch zu den Archiven und Sammlungen der Wismut v.l.n.r.: Geschäftsführer Franz Beschorner, Geschäftsführer Dr.-Ing. Michael Lersow, Rolf Schwanitz und Lutz Kätzler, Mitarbeiter des Abgeordnetenbüros

Tag der offenen Tür beim IWB Plauen



Pharmazeutisch-technische Assistenten bei der Arbeit im Labor des IWB Plauen

Das Institut für Wissen und Bildung (IWB) in Plauen ist eine Ausbildungsstätte für technische Assistenten im medizinischen und pharmazeutischen Bereich. Das IWB bietet seit 1997 eine private berufliche Ausbildung an, welche vom Land Sachsen gefördert wird. Damit steht es im Wettbewerb um Auszubildende in staatlichen Berufsschulen. Die Schülerzahlen sind in Sachsen seit 1992 von 738.000 auf

455.000 zurückgegangen. Die Anzahl der Schüler, welche eine Berufsausbildung nachfragen, hat sich fast halbiert. Das Land Sachsen denkt darüber nach, die Fördergelder

für die private Berufsausbildung zu kürzen. Vorerst wurde der Entwurf zum Privatschulgesetz von Kultusminister Steffen Flath zurückgezogen. Das bedeutet jedoch noch keine Entwarnung für die privaten

Bildungsträger der Berufsausbildung, so Rolf Schwanitz beim seinem Besuch. Schulleiter Dr. Werman ist sich der Problematik bewusst. Die Förderung durch den Freistaat muss sich für Schwanitz auch am Bedarf auf dem Arbeitsmarkt orientieren. Das Berufsbild des medizinischen Assistenten hat nach Überzeugung des Schulleiters mittelfristig gute Chancen. Gerade deshalb darf, so Schwanitz, bei der Anpassung an rückläufige Bedarfe kein Schutzzaun um einzelne Ausbildungsformen gelegt werden. Denn öffentliche und private Bildungsträger stehen gleichermaßen vor Veränderungen.

Was macht eigentlich die PDS im Bundestag?

Um die gemischte Truppe von PDS und WASG, die sich jetzt so gern DIE LINKE nennt, ist es etwas still geworden. Von Lafontaine ist in Debatten des Bundestages öfter, von Gysi eher weniger zu hören. Wichtiger ist jedoch nicht das Äußere, sondern das, was drinsteckt. Man schaue deshalb besser auf die inhaltliche Arbeit. Und die ist populistisch und illusionär wie eh und jeh.

Erst Anfang April hat die PDS in ihrer Paradedisziplin "Hartz IV" eine langen Antrag eingebracht. Was auf den insgesamt 9 Seiten zu lesen steht, ist bezeichnend für das politische Unvermögen dieser Truppe. Zum Forderungskatalog gehört unter anderem:

- Abschaffung der Pflicht zur Aufnahme einer das ALG II ergänzenden Arbeit,
- Abschaffung der Pflicht zur Aufnahme einer Arbeit unter der gegebenen Qualifikation,
- Recht zur Ablehnung solcher Arbeiten ohne Kürzungen beim ALG II,

- Recht zur Ablehnung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und "1-Euro-Jobs" ohne Sanktionen,
- Erhöhung der Regelleistung im SGB II und XII von 345 € auf 420 € und Ausweitung der Mehrbedarfe und Freibeträge,
- kein Beantragungsrecht der Krankenkassen zur Beurteilung der Erwerbsfähigkeit,
- Öffnung des SGB II für alle EU-Bürger und Ausländer,
- Widersprüche sollen aufschiebende Wirkung haben,
- Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft beim ALG II, das heißt, keine Anrechnung von Einkommen und Vermögen mehr innerhalb der Lebensgemeinschaft. Das zuständige Ministerium schätzt den finanziellen Mehrbedarf dieses Wunschkatalogs auf mindestens 30 Mrd € pro Jahr. Angesichts solcher Realitätsverluste kann die Sympathie, die der PDS und ihren Abgeordneten mancherorts noch entgegengebracht wird, nur verwundern.

Kurz gemeldet

Platzek legt sein Amt als SPD-Bundesvorsitzender nieder



Der SPD-Bundesvorsitzende Matthias Platzek hat am Montag bekannt gegeben, dass er auf dringenden ärztlichen Rat den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands niederlegt. Seiner Entscheidung gingen schwere gesundheitliche Probleme voraus. Platzek musste damit "die mit Sicherheit schwierigste Entscheidung meines bisherigen Lebens treffen". Er wird sich in den nächsten Wochen bemühen, seine Gesundheit wieder einigermaßen "in Takt" zu bekommen und sich dann wieder voll dem Land Brandenburg widmen. Das Präsidium der SPD hat den Rücktritt Platzeks zutiefst bedauert und ihm für seine Arbeit gedankt. Gleichzeitig hat das SPD-Präsidium den stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Beck gebeten, die Geschäfte und das Amt des Parteivorsitzenden zu übernehmen und fortzuführen. Damit verbindet das SPD-Präsidium das Ziel, Kurt Beck auf einem außerordentlichen Bundesparteitag zur Wahl als Parteivorsitzenden vorzuschlagen. Dieser Parteitag soll noch im Mai stattfinden.



Soll neuer SPD-Vorsitzender werden: Ministerpräsident Kurt Beck



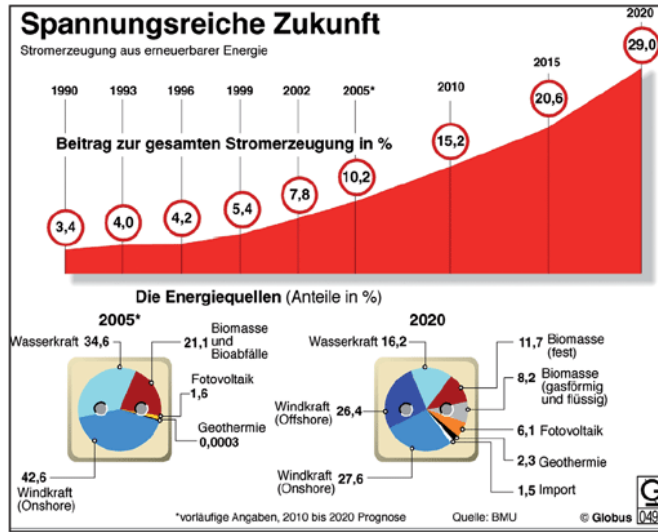
Am 30. März besuchte eine Klasse des Lessinggymnasiums Plauen den Deutschen Bundestag. Pünktlich zum Beginn der Plenarsitzung um 9 Uhr nahm die Gruppe Platz auf der Besuchertribüne. Unten im Plenarsaal diskutierten die Abgeordneten an diesem Tag über den Haushaltsplan des Bundes. Die anschließende Diskussion mit dem vogtländischen Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz bestimmten Fragen zur Bildungspolitik, zum demografischen Wandel unserer Gesellschaft und zur Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

20 Jahre Tschernobyl

Vor knapp 20 Jahren - am 26. April 1986 - kam es im Block 4 des sowjetischen Atomkraftwerks Tschernobyl zu einer unkontrollierten Kernschmelze, die zur Zerstörung des Reaktorblocks 4 und zur weiträumigen Freisetzung von Radioaktivität führte. Besonders betroffen waren Gebiete in Belarusland, Russland und der Ukraine. Eine radioaktive Wolke verteilte die Substanzen aber auch über weite Teile Westeuropas. Insgesamt wurden in ganz Europa Flächen von mehr als 200.000 Quadratkilometer kontaminiert. Auch weite Teile Süd- und Ostdeutschlands waren betroffen. Über 100.000 Menschen wurden unmittelbar nach der Katastrophe aus einer 30-km-Zone rund um den Unglücksreaktor evakuiert. In den folgenden



AKW Brunsbüttel: Explodierte Rohrleitung nahe des Reaktordruckbehälters



Jahren mussten weitere 230.000 Einwohner umgesiedelt werden. Hunderttausende Menschen wurden beim Bau einer Beton- und Stahllummantelung zur Abschirmung des Unglücksreaktors und zu Aufräumarbeiten eingesetzt.

Die Katastrophe von Tschernobyl bestimmt bis heute auch die energiepolitische Debatte in Deutschland, denn sie hat die Risiken der Atomkraft deutlich gemacht. Die deutschen Atomkraftwerke verfügen zwar über höchste Sicherheitsstandards; ein Unfall kann aber auch bei uns nicht völlig ausgeschlossen werden, wie zu-

letzt der schwere Störfall im AKW Brunsbüttel vom Dezember 2001 zeigte. Zudem bereitet die Entsorgung des radioaktiven Abfalls nach wie vor Probleme. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hatte deshalb den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und setzte stattdessen auf einen Mix mit Erneuerbaren Energien. Mit dem Koalitionsvertrag haben die jetzigen Regierungsparteien diese Entscheidung bestätigt. Im Rahmen eines energiepolitischen Gesamtkonzepts will die Bundesregierung im kommenden Jahr klarstellen, in welchem Umfang geeignete Ersatzkapazitäten für nach dem Atomgesetz stillzulegenden Kernkraftwerke verfügbar sind. Bereits der gegenwärtige Vergleich der von den Energieversorgungsunternehmen gemeldeten Kraftwerksneubauten sowie der zusätzlichen Kapazitäten zur Nutzung erneuerbarer Energien übersteigen bei weitem die Stromerzeugungskapazitäten der stillzulegenden Atomkraftwerke. Von einer Deckungslücke kann also nicht die Rede sein. Die Bundesregierung strebt darüber hinaus auch eine Lösung zur sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle in dieser Legislaturperiode an.

Gastkommentar

Stadtumbau - Weg in die Zukunft !

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft verlangt neue Strategien zur Entwicklung unserer Städte. Mit dem Stadtumbau Ost, initiiert durch Reinhard Klimmt und Rolf Schwanitz, ist ein erster Schritt in ein neues Denken gemacht. War bisher, bei einer wachsenden Bevölkerung, die flächenmäßige Erweiterung unserer Städte das Maß einer erfolgreichen Entwicklung, so ist für die zukünftigen Generationen der Erhalt der Urbanität unserer Städte, bei Verzicht auf übermäßige Redundanz Voraussetzung für nachhaltige Entwicklungen. Mit dem „Schwund“ an Bevölkerung stehen nicht nur Wohnungen zur Disposition, es ist auch die Frage nach notwendiger und leistbarer Infrastruktur zu beantworten. Der Rückbau von nicht mehr benötigten Wohnräumen ist überlebensnotwendig für die Eigentümer und lebensnotwendig für die Mieter. Rückbau ohne Perspektiven ist kaum erklärbar. Um bei unseren Bürgern ein größeres Verständnis für diese, mit persönlichen Härten verbundene Entwicklung zu erreichen, bedarf es einer größeren Aufmerksamkeit für die qualitative Entwicklung der Städte. Der Schwerpunkt von Stadtumbauförderung muss daher mehr in die Erhöhung der städtebaulichen Qualitäten gelegt werden. Soll dieser Prozess gelingen, brauchen wir ein stärkeres privates Engagement. Es ist zwingend erforderlich, die Regularien zur Förderung neu zu überdenken. Der Stadtumbau als erfolgreicher Weg in die Zukunft wird nur gelingen, wenn wir es schaffen, die Menschen für dieses Ziel zu begeistern. Dies ist die größte Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Manfred Eberwein
Baubürgermeister der Stadt Plauen

offenes Auto	▼	engl. Koseform f.: Voter	Überreife v. Weintrauben	Strom in Ostsibirien	▼	best. Artikel (3. Fall)	▼	Bestleistung	▼	Dünger, Säure-Ausgleichs-stoff
Figur in „Die Fiedermäuse“	▶					römischer Liebesgott	▶	Staat in Vorderasien		
Kleidungsstück f. Bad	▶							Stromspeicher (Kurzwort)		Zweizähnenfouther
▶				Verhalten, Benehmen				falsche Richtung	Zeichen für Tantal	Abk.: Eilauftrag
Auszeichnung, Medaille	▶	Italienisch: See		Staat in Ostafrika						
▶										
Gefäß, Kochgeschirr	▶	fischer Strandsee		Qual, Schmerz		Ruhestörung, Lärm				
Verweiräte	▶							AUFLÖSUNG DES RÄTSELS		
▶						ugs.: amerikan. Soldat				
Schiffbelader	▶	Insekt								
▶										
ehem. dt. Münze	▶									
▶										

su1211.22-9
www.kanzlidi.de

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im
Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalen- der von Rolf Schwanitz:

21.4.2006, 18 Uhr, Sitzung
des SPD-Landesvorstands
Sachsen in Dresden

22.4.2006, 10 Uhr, Zu-
kunftskongress der SPD-
Sachsen in Dresden

3.5.2006, 18 Uhr, Diskussi-
onsveranstaltung zur Ge-
sundheitspolitik in Merse-
burg

4.5.2006, 15 - 16 Uhr,
"Live on Air" im Vogtland-
radio

7.5.2006, 12 Uhr, Strate-
gieklausur der "Seeheimer"
in Berlin

8.5.2006, 8 Uhr, Umzug in
den neuen Dienstsitz des
BMG in Berlin

9.5.2006, 20 Uhr, Diskussi-
on mit einer Besuchergrup-
pe aus dem Vogtland im
Reichstag

Die nächste Bürger- sprechstunde:

5.5.2006, 12-14 Uhr

Alle Sprechstunden im
Plauener Wahlkreisbüro in
der Freiheitsstraße 13.
Telefonische Anmeldungen
unter 03741-134118.

Quartalsende und kein Arzt hilft?

Unter diesem Titel er-
schien im Vogtland-
Anzeiger am 1.4.2006 ein
Artikel, der offensichtlich
kein Aprilscherz war. Rolf
Schwanitz nahm die Veröf-
fentlichung zum Anlass, in
einem Leserbrief auf die
grundsätzlichen Pflichten
und Rechte von Ärzten
und Patienten in unserem
Gesundheitswesen hinzu-
weisen. Der Leserbrief
wurde im Vogtlandanzei-
ger nicht veröffentlicht.
Dies soll nun an dieser
Stelle nachgeholt werden:

*"In letzter Zeit häufen sich
Beispiele dafür, dass ein-
zelne Ärzte ihre Forderun-
gen nach höheren Honora-
ren auf dem Rücken der
Patienten austragen. Zu
hören ist von Rezepten,
die unter Vorbehalt einer
späteren Privatfinanzie-
rung ausgestellt werden;
zu hören ist von der Ver-
weigerung medizinisch
notwendiger Verordnun-
gen unter Hinweis auf die
Politik sowie vom Wegsch-
icken des Patienten unter
Verweis auf das Quartals-*

*ende. Solche Behand-
lungsverweigerungen
missbrauchen das Abhän-
gigkeitsverhältnis der Pati-
enten von ihrem Arzt für
dessen private Einkom-
mensinteressen. Sie sind
klar rechtswidrig. Ein Arzt,
der sich so verhält, ver-
stößt gegen den Sicher-
stellungsauftrag und ris-
kiert seine vertragsärztli-
che Zulassung. Jeder Pati-
ent, der derartiges erlebt,
sollte sich umgehend an
seine Krankenkasse wen-
den und den Vorgang zur
Anzeige bringen. Ich selbst
bin gern bereit, jedem Fall,
der mir mit Name und Ad-
resse mitgeteilt wird, un-
verzüglich nachzugehen.
Das Streiten für höhere
Arzthonorare ist das eine,
die Pflichten der Kassen-
ärzte und die Rechte der
Patienten ist das andere!
Mein Wahlkreisbüro ist er-
reichbar unter Tel. 03741
134118.*

*Rolf Schwanitz, MdB, Par-
lamentarischer Staats-
sekretär im Bundesge-
sundheitsministerium"*

Freche Strolche



He Maxe, wo willst'n hin mit
deinem Einkaufsbeutel?

Ich will zur Back-Fabrik Mor-
ritz, n paar Semmeln holen.
Wasn für ne Back-Fabrik
Maxe? Na die da unten wo
die Post drin war Moritz.

Ach so, aber warum heeßt'n
die jetzt Back-Fabrik Maxe?

Na wegen dem Hinz von
der PDS, der hat die jetzt
alle eingedeutscht.

So'n Blödsinn Maxe, dass
hat der doch gar nicht ernst
gemeint.

Doch Moritz und der hat
grooöße Artikel dafür in de
Zeitung gekricht.

Nee Maxe, das kann der
nich ernst gemeint haben.
Der Hinz war nämlich schon
immer internatschonal!

Wieso denn das Moritz? Na
der hat doch schon früher
immer kein Problem damit
gehabt, im „Kollektiv“ für
den „Subotnik“ zu werben
und sich dann als erster uff
de „Datsche“ zu verkrü-
meln. Ach so? Na da bin ich
ja beruhigt Moritz!

